
Hans-Jürgen Arlt

Die Zweite Moderne wird postkapitalistisch



Dr. Hans-Jürgen Arlt, geb. 1948 in Hochstadt/Oberfranken, Studium der Politikwissenschaft in München und Erlangen, ist Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit, Information, Kommunikation beim DGB-Bundesvorstand.

„Ich werde dauernd von Ökonomen kritisiert, die sagen:
Schweine großziehen ist produktiv, Kinder großziehen ist unproduktiv.“
(Ulrich Beck)

Wie lässt sich eine Hundertjährige dazu bewegen, einen Salto zu wagen, der all ihrem Erfahrungswissen nach zum Salto mortale wird? Kann eine Organisation sich als Ziel setzen, wogegen sie immer gekämpft hat? Warum sollte der Gewerkschaftspolitik ein Perspektivwechsel gelingen, der sie Arbeitslosigkeit nicht nur als Problem, sondern auch als Teil der Lösung wahrnehmen lässt?

In der politischen Debatte haben wir uns daran gewöhnt, dass es für alle Probleme fünf vor zwölf ist - für das Problem Massenarbeitslosigkeit in der Bundesrepublik seit nunmehr 24 Jahren. Wenn das Land im Mai 1999 seinen 50. Geburtstag feiert, wird es lediglich zwölf Jahre den Zustand der Vollbeschäftigung (von Männern) gekannt haben. Allerdings waren wir zu keiner Zeit so bar jeder Idee, wie Vollbeschäftigung wieder erreichbar wäre: eine fatale Lage für die Politik, vor allem für die Gewerkschaftspolitik. Einerseits erscheint das Vollbeschäftigungsziel unverändert richtig und wichtig, weil im Wortsinne not-wendig, andererseits erscheint es falsch, weil unrealistisch hoch gesteckt. Selbst von der Halbierung des Problems redet keiner mehr. Die rot-grüne Regierung verspricht ein paar hunderttausend Arbeitslose weniger. Dabei ähnelt sie dem Tabellenletzten, der sich freut, nur sechs statt sieben zu eins zu verlieren.

Die Sackgassen der offiziellen Beschäftigungsdebatte

Aus dieser fatalen Lage führt die Beschäftigungsdebatte so, wie sie offiziell verläuft, nicht heraus. Was macht eine Gesellschaft, z.B. eine Hochzeitsgesellschaft, wenn sie zu wenig

Wein hat? Sie besorgt neuen oder teilt den vorhandenen halbwegs gerecht auf. Was macht eine Gesellschaft, z.B. die bundesdeutsche, die zu wenig bezahlte Arbeit hat? Wenn sie von Kohl regiert wird, erklärt sie den Versuch der gerechteren Teilung des Vorhandenen für dumm, töricht und absurd.

Die Gewerkschaften setzen - auch jetzt wieder im Bündnis für Arbeit - den Hauptakzent auf die Umverteilung der Arbeit, die Arbeitgeber auf Wirtschaftswachstum, die Regierung auf beides. Anders als bei der Teilung des Weines - den finanziert der Vater der Braut - verursacht die Teilung der bezahlten Arbeit einen Streit um die Kosten. Dieser Konflikt hat - Stichwort 35-Stunden-Woche - die achtziger Jahre in besonderer Weise beherrscht und er wird auch im Bündnis für Arbeit noch Schlagzeilen machen.

Diese Zusammenhänge sind schon 1999-mal heruntergebetet worden. Weshalb stellt sich die (Gewerkschafts)Politik nicht auf die hohe Wahrscheinlichkeit ein, dass Vollbeschäftigung weder mit Wachstum noch mit Arbeitsumverteilung erreichbar ist, auch nicht mit Wachstum *und* Arbeitsumverteilung? Zum einen *sinkt* seit Jahrzehnten das gesamtgesellschaftliche Volumen der Erwerbsarbeit, weil die Arbeitsproduktivität höher ist als das Wachstum, und kein Höhenflug der Aktienmärkte hat dies verhindert und wird dies verhindern können. Und zugleich *steigt* die Nachfrage nach Erwerbsarbeit, weil heute und in Zukunft nicht nur jeder, sondern auch *jede* sich ein eigenständiges Leben aufzubauen versucht.

Der Ausweg, den die diversen Zukunftskommissionen gerne in den Vordergrund rücken, sieht - bezogen auf unsere Hochzeitsgesellschaft - die Verwandlung von Wasser in Wein vor. Angewandt auf die bundesdeutsche Gesellschaft meint dieser Ausweg die Verwandlung von *nicht*bezahlter Arbeit in *schlecht* bezahlte Arbeit.

Seit die Erwerbsarbeit hinten und vorne nicht mehr reicht, entdecken auch Männer, worauf die Frauenbewegung seit langem aufmerksam macht: Unser bürgerlich-kapitalistisches Verständnis von Arbeit ist viel zu eng. Unsere Gesellschaft wäre nie existenzfähig ohne die „freiwilligen“ reproduktiven Tätigkeiten vor allem innerhalb, aber auch außerhalb der Familien. Nur patriarchalische Sehstörungen können diese Realität unterschlagen: In unserem Land wird *mehr* nichtbezahlte Arbeit geleistet als bezahlte.

Das amerikanische Beschäftigungswunder trägt seinen Namen zurecht, denn es beruht auf dieser wundersamen Verwandlung von nichtbezahlter Reproduktionsarbeit in schlecht bezahlte Erwerbsarbeit. Und die DDR-Gesellschaft hat im Prinzip auch nicht viel anderes gemacht, nämlich nichtbezahlte in *staatlich* finanzierte Reproduktionsarbeit verwandelt. Auch hier entpuppen sich der Kapitalismus, der überlebt ist, und der Sozialismus, der nicht überlebt hat, als feindliche Brüder.

Arbeit ist Selbstätigkeit für andere

Damit Arbeitslosigkeit kein Problem mehr ist, muss sie Teil der Lösung werden. Dieser Paradoxie kommt nur auf die Spur, wer von einem erweiterten Arbeitsbegriff ausgeht. Arbeit ist *Selbstätigkeit für andere*. Weshalb „Selbstätigkeit“? Zum einen: Alle Arbeit ist Tätigkeit. Wer arbeitet, tut etwas, schafft etwas. „Der tut nichts“, klingt nur freundlich, wenn ein Hund gemeint ist. Schöner als Marx kann man es nicht sagen: „Arbeit ist das Feuer der Gestaltung“. Zum anderen: Alle Arbeit beinhaltet ein Moment der Selbstentäuße-

rung, der Selbstverwirklichung. Wer arbeitet, wirkt nicht nur auf seine Umwelt, sondern auch auf sich selbst ein. Arbeit formt auch die Arbeitenden - oder deformiert sie.

Weshalb „für andere“? Arbeit konstituiert gesellschaftliche Zusammenhänge, weil und insofern sie als Kooperationsprozess organisiert und ihr Resultat von anderen genutzt wird. Arbeitsteilung kann - nach Kommunikation - als die ursprünglichste Form der Sozialität des Menschen gelten.

Die Arbeitsteilung hat längst einen Grad erreicht, der jedes einzelne Gesellschaftsmitglied von der Arbeit anderer existentiell abhängig macht. Wie und inwieweit die Einzelnen die Berechtigung erwerben, sich die Resultate der Arbeit der anderen anzueignen, das ist *die* soziale Frage jeder Gesellschaft.

Ein solcher Arbeitsbegriff erlaubt es, vielfältigste Formen von Arbeit zu unterscheiden. Wer behauptet, uns gehe die Arbeit aus, muss sich als erstes die Frage gefallen lassen: welche Arbeit? Auch gegenwärtig existieren zahlreiche Arbeitsformen nebeneinander. Von zentraler gesellschaftlicher Bedeutung ist die bezahlte oder auch Erwerbsarbeit und unter dieser wiederum hat die kapitalistische Erwerbsarbeit unverändert die am meisten prägende Kraft. Erwerbsarbeit muss aber keineswegs kapitalistisch sein. In Nonprofit-Organisationen findet sie millionenfach als nichtkapitalistische statt - als staatliche Veranstaltung oder von Verbänden, Vereinen, Stiftungen organisiert, überwiegend ganz traditionell autoritär-herrschaftlich, teilweise auch in Netzwerken alternativ-demokratisch gestaltet.

Unsere aktuelle Arbeitswelt ist kunterbunt - in Kneipen und Künstlerateliers, im Knast und im Kanzleramt, in der Fabrik und am Laptop auf der Insel - aber wir haben einen Hang zur Farbenblindheit. Wir sehen den Wald wegen *eines* dicken Baumes nicht, wegen der kapitalistischen Arbeit.

Maximaler Gewinn, minimaler Sinn

An dieser Arbeit fällt als erstes auf, dass sie gekaufte Arbeit ist, die unter fremder Regie, unter der Regie des Käufers nämlich stattfindet. Als Besitzer der gekauften Arbeit und damit zugleich als Eigentümer der Arbeitsergebnisse möchten Unternehmer Herren aller Entscheidungen sein. Sie leiden sehr darunter, dass ständig andere Leute versuchen sich einzumischen: der Betriebsrat, die Gewerkschaften, die Politik, neue soziale Bewegungen, die Verbraucher, die Journalisten.

An der kapitalistischen Arbeit fällt zweitens auf, dass sie dann und nur dann stattfindet, wenn die Veranstalter der Arbeit, also die Unternehmer, erwarten, dass sie nach dem Verkauf der Arbeitsergebnisse *mehr Geld* haben als die ganze Veranstaltung - die Arbeitskräfte, Rohstoffe, Maschinen, Gebäude, Kredite, Steuern etc. - gekostet hat. Für dieses Mehr, für diesen Gewinn, kennen Unternehmer eine *Untergrenze*, den Zinssatz. Sobald sie mit verliehenem Geld mehr Geld einnehmen als mit gekaufter Arbeit, unternehmen sie nicht mehr viel.

Aber mit all dem sind wir noch nicht am springenden Punkt. Jede Gesellschaft, die reicher werden will, muss Gewinne machen, also am Ende des Arbeitsprozesses über mehr Werte verfügen als am Anfang. Das Verrückte am Kapitalismus ist, dass niemand eine *Obergrenze* des Gewinns kennt. Dieselben Sachverständigen, die für bestes Honorar dicke Gutachten über zu hohe Löhne schreiben, geraten fürchterlich ins Stottern, wenn man sie fragt, ab wann Gewinne zu hoch sind. Unter Konkurrenzbedingungen gibt es jenseits mo-

ralischer Entrüstung keine ökonomisch begründbare Obergrenze der Rentabilität. Auch der höchste Gewinn schützt das Unternehmen nicht davor, dass Konkurrenten auftauchen, die besser, schneller, billiger produzieren oder dienstleisten. Unternehmerische Unersättlichkeit ist keine Garantie, aber ein gewisser Schutz davor, selbst gefressen zu werden. Gemessen am Kriterium der Überlebensfähigkeit des Unternehmens - und damit, wohlgerne, der Arbeitsplätze - hat die Rentabilität das Besondere an sich, dass sie nicht hoch genug sein kann, dass sie *schrankenlos* sein muss.

Wer auf maximalen Gewinn aus ist (diese Kritik liegt außerhalb des modischen, aber innerhalb logischen Denkens), der will und muss ausbeuten: die Menschen und die Natur. Aber Gewinn*maximierung* ist keineswegs die einzig mögliche Form der Gewinn*orientierung*. Nichts spricht dafür, dass der *größtmögliche* Gewinn ein vernünftiger ökonomischer Zweck und ein sinnvolles gesellschaftliches Ziel ist. Wenn Gewinnmaximierung der alles überragende Zweck der Arbeit ist, dann wird Arbeit sinnlos, dann werden das Soziale, das Ökologische, das Demokratische, das Kulturelle zweitrangig, bestenfalls *Mittel* für diesen ökonomischen Zweck, dann werden humane Werte wie Gerechtigkeit, Selbstverwirklichung, Gleichberechtigung zu potentiellen Störfaktoren.

Der bekannteste Störfaktor ist die Gewerkschaft. Die paradoxe Funktion der Gewerkschaft besteht darin, die Schrankenlosigkeit zu beschränken. Aus der Paradoxie dieser Aufgabe lässt sich die allseitige und immer währende Unzufriedenheit mit der Tarifpolitik gut erklären. Denn wer Schrankenlosigkeit beschränken soll, tut immer gleichzeitig zu viel und zu wenig.

Ohne zu wissen, ob Glimmen oder Lodern notwendig ist, verhalten sich Arbeitnehmer zur Rentabilität wie zu einem Feuer, das einerseits nicht ausgehen darf, weil sonst alle erfrieren, dessen Tendenz sich auszubreiten, aber andererseits Einhalt geboten werden muss, weil sonst alle verbrennen. Die freiwillige Feuerwehr der Arbeitnehmer, die den Brand unter Kontrolle halten, aber nicht löschen soll, das ist die Gewerkschaft - eine Feuerwehr mit Löschverbot.

Arbeitsplätze sind nur eine Nebenfolge

Was bedeutet das alles für die Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung? Aus der Unternehmerperspektive ist es geradezu genial, den Verlust von Arbeitsplätzen als Drohpotential einzusetzen, denn als kapitalistisches Resultat vollzieht er sich ohnehin. Das Aus für Arbeitsplätze ereignet sich alltäglich, liegt doch hier gerade das „Fortschrittliche“ dieser Wirtschaftsweise: Die innere Konkurrenzdynamik schafft ständig den „unmodernen“ Arbeitsplatz ab, dessen Leistung nicht mehr nachgefragt wird, weil sie qualitativ zu schlecht, technisch überholt oder zu teuer ist.

Das Sicherste, das man über kapitalistische Erwerbsarbeit sagen kann, ist ihre Unsicherheit. Der sozialistische Gegenentwurf zur bürgerlichen Gesellschaft war dort, wo er praktisch wurde, im Kern nichts anderes als der Versuch, Erwerbsarbeit, koste es, was es wolle, sicher zu machen, das Recht auf Arbeit für jeden und jede zu realisieren. Der Sozialismus, der 1989 untergegangen ist, war die Idealisierung und die Perfektionierung sozialer Integration durch Erwerbsarbeit. Die Betriebe boten nicht nur Horte für Kinder, sie waren der Hort dieser Gesellschaft. Im Nachhinein wird man sagen müssen, dass hier nur eine

Irrationalität auf eine andere reagiert hat, denn es ist keine rationale Wirtschaftsweise vorstellbar, die es sich zum Ziel setzt, Arbeitsplätze zu schaffen. Arbeitsplätze sind nur eine Nebenfolge des Wirtschaftens - *allen* Wirtschaftens, des kapitalistischen sowieso. Politisch-moralische Appelle, Unternehmen sollten möglichst viele Arbeitsplätze schaffen, gleichen der Aufforderung an Steffi Graf, während des Spiels möglichst weite Strecken zurückzulegen. Für alle Nicht-Tennispieler: Laufen ist beim Tennis eine Nebenfolge des Ziels, das Spiel zu gewinnen.

Jenseits der traditionellen Stagnation vormoderner Ökonomien, über die sozialistischen „Beschäftigungsgesellschaften“ hinaus und auch die permanenten ökonomischen Umwälzungen kapitalistischen Wirtschaftens hinter sich lassend soll es keine vierten oder fünften Wege einer entwicklungsfähigen Ökonomie geben? Die gesellschaftspolitische Alternative kann sich doch nicht darin erschöpfen: freie Wildbahn oder Kaserne. „Wenn du die Wahl hast zwischen zwei Übeln, wähle keines von beiden.“

Anders denken, anders reden, anders handeln

Wer seinen politischen Kompass hier und heute Richtung Vollbeschäftigung ausrichtet, unterwirft sich den Zwängen kapitalistischer Arbeit *und* verfehlt sein Ziel. Es gibt kein Alibi dafür, den Dreisprung einer anderen Politik nicht zu starten: erst anders denken, dann anders reden, schließlich anders handeln. Für den Gestaltungsanspruch einer neuen Politik, auch einer neuen Gewerkschaftspolitik zeichnen sich drei Grundorientierungen ab.

Erstens muss der Zusammenhang zwischen Erwerbsarbeit und sozialer Sicherheit weiter gelockert und gelöst werden. Wir sind ja schon dabei, aber nur halbherzig und viertelköpfig.

Dass Arbeit die Eintrittskarte in die Gesellschaft ist und nicht ein Ausgrenzungskriterium, stellt ein durchaus modernes Phänomen dar. Die Sklaven, die Leibeigenen, die Hörigen, die „Arbeiterklassen“ vormoderner Gesellschaften waren ausgegrenzt, gehörten im Selbstverständnis solcher Gesellschaften gar nicht dazu. Die frühbürgerliche Gesellschaft stand durchaus noch in dieser Tradition. Es bedurfte in Deutschland einer - gescheiterten - sozialistischen Revolution, um aus Arbeitern und Frauen *politische* Bürgerinnen und Bürger zu machen. Die *soziale* Integration aber, in traditionellen Gesellschaften ausschließlich eine Familienangelegenheit, lief zunehmend über Erwerbsarbeit. Heute ist sie die zentrale Integrationsinstanz. Jede Lebenslage, in der Erwerbstätigkeit nicht möglich ist, wird deshalb zur prekären Situation, wird als abhängig, entmündigend erlebt - jedenfalls für alle und von allen, die keinen anderweitigen Zugang zum gesellschaftlichen Reichtum haben: Individuelle Autonomie und soziale Integration haben Erwerbsarbeit gleichermaßen zur Voraussetzung.

Der Einsatz für ein kontinuierliches Einkommen trotz diskontinuierlicher Erwerbsmöglichkeiten ist ein originär gewerkschaftlicher Kampf. *Historisch*, nicht logisch, ist sein erstes Ziel der sichere Arbeitsplatz, sein zweites sind angemessene Arbeitsbedingungen. Die soziale Maßstabfunktion der Tarifverträge hat zur Zivilisierung der Moderne nicht weniger beigetragen als die Deklaration der Menschenrechte. Aber weshalb hat der alte, reaktionäre Bismarck die heutige Gewerkschaftslinken so fest im Griff? Weshalb dürfen Sozial-einkommen nur auf Erwerbsarbeit gründen und keine eigenständige, zivile Qualität haben?

Alternativlos zwingend ist es nicht, dass eine Gesellschaft ihren Mitgliedern nur einen schätzbaren Sozialhilfesatz gönnt, sofern diese keinen aus Erwerbsarbeit abgeleiteten Zugang zu Einkommen haben.

Als bloße Lohnersatzleistung wird soziale Sicherheit viel zu eng definiert. Das Monopol des Vollerwerbstätigen auf zureichende Absicherung gilt es zu knacken. Es blockiert Emanzipationsfortschritte, Bildungsprozesse und soziales Engagement. Die Ideen von einer sozialen Grundsicherung über ein garantiertes Grundeinkommen bis hin zum so genannten Bürgergeld weisen (mit unterschiedlichen Reichweiten) alle in die richtige Richtung. Auch die Forderung französischer Arbeitsloser nach einem 13. Monatsgehalt atmet den Geist der neuen Zeit, die hier gemeint ist.

Wer soll das bezahlen, wird mit Recht gefragt. Darauf scheint es noch keine praktikable Antwort zu geben, aber andere Fragen: Weshalb kennen wir nur die Sozialpflichtigkeit des Eigentums, nicht auch eine Sozialpflichtigkeit des Einkommens? Heute werden durch den - von den Betroffenen nicht zu verantwortenden - Umstand, dass der eine Erwerbsarbeit findet und die andere keine, alle guten Chancen und alle schlechten Risiken gleich mitverteilt. Weshalb behandeln wir das Primäreinkommen wie der Fuchs die Trauben - je höher, desto unantastbarer? Die Sozialpflichtigkeit des Einkommens endet bei uns dort, wo die Besserverdienenden anfangen. Weshalb tabuisieren wir Megaeinkommen, die ihre Maßlosigkeit einzig und allein höchst zweifelhaften, um nicht zu sagen zwielichtigen gesellschaftlichen Maßstäben verdanken?

Erwerbslos heißt nicht arbeitslos

Zweitens muss der Vielfalt der Arbeit Tür und Tor geöffnet werden. Eine *plurale Arbeitswelt* bezogen auf die Gesellschaft und ein *variables Arbeitsleben* bezogen auf den Einzelnen kann als die politische Richtschnur gelten. Wir sind ja dabei, aber unentschlossen und voller Zweifel.

Herausgebildet hat sich in der Zukunftsdiskussion eine Dreiteilung der Arbeitswelt in Erwerbsarbeit, Eigenarbeit und bürgerschaftliche Arbeit. Unter Erwerbsarbeit ist in diesem Zusammenhang das Herstellen und Bereitstellen von Waren und Dienstleistungen zu verstehen. Die Eigenarbeit umfasst die Haus- und Erziehungsarbeit, die familiäre Fürsorge, auch die Bildungs- und Lernarbeit. Bürgerschaftliche Arbeit meint das soziale und politische Engagement in Verbänden, Vereinen, Bürgerinitiativen, sozialen Diensten. Dabei werden auch viele andere Bezeichnungen benutzt und unterschiedliche Zuordnungen vorgenommen. Es geht ziemlich drunter und drüber, in der Diskussion, in unseren Köpfen und im richtigen Leben. Hier hilft nur kommunikative Geduld statt flinker Verurteilung.

Worauf kommt es an? Die Erwerbsarbeit muss - um einen provokativen Vergleich zu wählen - den Status des Wehrdienstes verlieren, Eigenarbeit und bürgerschaftliche Arbeit müssen über den Stellenwert eines Ersatzdienstes hinauskommen. Die Orientierung auf Erwerbsarbeit bleibt sinnvoll und notwendig. Die Zentrierung - dass sich alles um sie dreht - gilt es aufzugeben.

Dann kann Erwerbslosigkeit ihren diskriminierenden Makel verlieren, dann können Eigenarbeit und bürgerschaftliche Arbeit als selbstverständliche, nicht minder erstrebenswerte Tätigkeiten Anerkennung gewinnen, individuelle Autonomie und soziale Integra-

tion mitbegründen. Dann könnten die Menschen flexibel zwischen diesen Bereichen wechseln und sich in einem Netzwerk unterschiedlicher Arbeitsbeziehungen aufgehoben fühlen, statt unter dem Diktat der Erwerbsarbeit hin und her zu hetzen. So müsste das Ende der so genannten Vollbeschäftigung nicht gleichbedeutend sein mit einem *Mangel an Arbeit*, es würde als *Wohlstand an Zeit* erlebt und gelebt, Zeit, die in andere Arbeitsbereiche investiert oder spielerisch, müßig, unterhaltsam verbracht werden kann.

Die Einzelnen könnten dabei Vorzüge und Qualitäten des einen Arbeitsfeldes kritisch und konstruktiv in andere einbringen. Die Momente an Alltagssolidarität und Gemeinwohlorientierung, die bürgerschaftliches Engagement auszeichnen, Elemente ökonomischer Rationalität, die die Erwerbsarbeit bestimmen, die Anteile von Freiwilligkeit und Selbstorganisation, die zur Eigenarbeit gehören - die Vorstellung, dass alle diese Vorzüge zusammenfließen, mündet in einen Arbeitsbegriff, der das präzise Gegenteil von Brechts sarkastischer Definition wäre, „Arbeit ist alles, was keinen Spaß macht“.

Eine solche Sichtweise verlangt den Gewerkschaften viel ab: Für die Sicherheit und Dauerhaftigkeit des Erwerbsarbeitsplatzes stets gekämpft zu haben und jetzt für Arbeitspendler zwischen Erwerbs,- Eigen- und Bürgerarbeit den Pendelverkehr mit organisieren und regeln zu sollen, ist eine Umstellung, die nicht ohne „Neueinstellung“ geht.

Was gehört zu den Bedingungen für offene Grenzen und reibungslosen Grenzverkehr in der Arbeitswelt? Erwerbslos darf nicht einkommenslos heißen *und* dieses Einkommen darf sich nicht nur über geleistete oder zu erwartende Erwerbsarbeit definieren. Erwerbslos soll aber auch nicht arbeitslos bedeuten, sinngemäß nicht und tatsächlich nicht. Dass jemand Arbeit *hat* oder seine Arbeit *los* ist, dass jemand Arbeit vergeblich *sucht* oder findet - so kann nur geredet werden, wenn Menschen von den Mitteln und den Resultaten ihrer Arbeit enteignet und getrennt worden sind.

Gesellschaftlich würde eine plurale Arbeitswelt eine enorme Bereicherung bedeuten. Die eine Arbeit lässt sich in dieser Form besser erledigen, andere Arbeiten in anderen Formen. Wir haben gute Autos, aber schlechte Schulen, in unseren Städten türmen sich Berge von Waren, aber Kindergartenplätze fehlen, eine riesige Freizeit - und Unterhaltungsindustrie hält uns in Atem, aber wer kümmert sich um vereinsamte, hilflose ältere Menschen? Das Überangebot einerseits, die Defizite andererseits sind weder zufällig noch gottgewollt, sie sind Konsequenzen unserer real existierenden Organisation der Arbeit.

Drittens muss die kapitalistische Arbeit zivilisiert werden. Wir sind ja schon lange dabei, zu lange, gemessen an den bescheidenen Erfolgen. Nur wenn sie ihre gesellschaftliche Dominanz verliert, haben andere, humanere Formen der Arbeit eine Bestandsgarantie und eine echte Entwicklungschance.

Gewiss, man kann der Meinung sein, dass Wachstumswahn, Arbeitszwänge, Leistungsdruck und Konsumsteigerung notwendige Voraussetzungen menschlichen Fortschritts sind und man kann die nationale, erst recht die globale Spaltung in Wohlhabende und Gutlebende einerseits, in Habenichtse und scheinbare Taugenichtse andererseits für ein bedauerliches, jedoch unabwendbares Schicksal halten. Aber wir brauchen uns diesem Schicksal nicht zu ergeben: weitere Arbeitszeitverkürzungen, mehr Mitbestimmung, selbstverständlich größere Verteilungsgerechtigkeit bleiben auf der Tagesordnung.

Beeinträchtigt das nicht unsere Wettbewerbsfähigkeit? Ohne Zweifel: Alles, was den Unternehmer Geld oder Macht kostet, stellt scheinbar oder tatsächlich - das weiß man immer erst im Nachhinein - eine Gefährdung seiner Wettbewerbsfähigkeit dar. Deutschland ist zusammen mit den USA und Japan das wettbewerbsfähigste Land dieses Erdballs. Wo, wenn nicht hier, sollte der ökonomische Rüstungswettlauf in vernünftige Bahnen ge-

lenkt werden? Es ist nicht mehr zukunftsfähig, das kapitalistische Prinzip „Ich gewinne, du stirbst oder du gewinnst, ich sterbe“.

Bündnis für Wissensökonomie

Den Zusammenhang zwischen Erwerbsarbeit und sozialer Sicherheit zu lösen, der Vielfalt der Arbeit gesellschaftlich und individuell Tür und Tor zu öffnen, die kapitalistische Arbeit weiter zu zivilisieren, diese drei Grundorientierungen einer neuen Politik hängen miteinander zusammen und voneinander ab. Das wäre alles andere als eine männerbündische Veranstaltung mit industrie-kapitalistischem Fitnessprogramm; das wäre ein aufregendes, viel versprechendes und hoffnungstiftendes Bündnis für Arbeit, das diese Orientierungen zum Horizont seines Handelns machte.

Die politischen Akteure, die dieses Bündel schnüren und schultern, sind noch nicht in Sicht. Dass es die Gewerkschaften sein könnten, ist nur dann unvorstellbar, wenn man ihren offiziellen Auftritt für alles hält und ihre informelle Kommunikation für nichts achtet. Gewiss, noch sind sie als Organisationen zu wenig antikapitalistisch und zu unmodern. Aber viele reale gesellschaftliche Tendenzen drängen in die Richtung einer postkapitalistischen Moderne.

Unter den Gesellschaftswissenschaftlern herrscht vergleichsweise große Einigkeit, dass die gegenwärtigen Veränderungen der Arbeit epochalen Charakter haben. Nach Grund und Boden, nach dem Kapital rücken Information und Wissen in das Zentrum der gesellschaftlichen Arbeit.

Das Wissen ist ein Vagabund. Es findet überall einen Platz, aber es geht ihm jede Sesshaftigkeit ab. Die Kasernierung der Arbeit in Fabriken wird der Vergangenheit angehören. *Wissen ist eine Verwandlungskünstlerin.* Kaum ist das Verständliche selbstverständlich geworden, erneuert es sich und verlangt unsere Lernbereitschaft. Experimente treten an die Stelle der Experten. Arbeiten und Lernen werden nicht mehr getrennten Lebensphasen angehören.

Im Unterschied zu Grund und Boden, im Unterschied zu Geld oder Sachkapital kann man Wissen teilen, *ohne* etwas davon einzubüßen; man kann Informationen austauschen, sogar verschenken, ohne sie zu verlieren. Boden und Kapital existieren *neben* dem Humankapital, aber das Wissen steckt in dessen Köpfen. Produzent und Produktionsmittel werden untrennbar. Hat die neue Selbständigkeit, die durch alte Brillen nur nach Scheinselbständigkeit aussieht, damit nichts zu tun?

Verteilungsfragen werden sich neu stellen, auch Machtfragen. Je mehr geistige Elemente die Arbeit enthält, desto mehr ist die freiwillige Mitwirkung der Beschäftigten erforderlich. „Mehr Demokratie wagen“ kann nach einer politischen auch zur ökonomischen Maxime werden. Das haben die Neoliberalen und die Altsozialisten nur noch nicht gemerkt: Die Postmoderne, die andere lieber die Zweite Moderne nennen, hat viele antikapitalistische Grundzüge. Weshalb wahrscheinlicher als irgendeine kapitalistische Postmoderne am Ende mit einer Art salto vitale die postkapitalistische Moderne in die Geschichtsbücher eingehen könnte.